Runge will Anhörung zu Umgehung stoppen

Grünen-Landtagsabgeordneter sieht Rechte Gröbenzells nicht ausreichend berücksichtigt

Von Silke Lode

Olching ■ Die Olchinger Südwestumgehung stößt bei vielen Bürgern und in den Nachbargemeinden auf erhebliche Kritik. Das wurde am ersten Tag der Anhörung zu dem Straßenprojekt deutlich. Der Gröbenzeller Grünen-Landtagsabgeordnete Martin Runge beantragte gar die Aussetzung der Anhörung, da die Regierung von Oberbayern nach seiner Lesart einen Verfahrensfehler gemacht hat.

Runge beruft sich in seinem Schreiben an die Bezirksregierung darauf, dass laut Gesetz der Plan für ein Vorhaben wie die Olchinger Umgehung „in den Gemeinden, in denen sich das Vorhaben auswirkt“ ausgelegt werden müsse. Entscheidend ist dabei für Runge, dass die Bezirksregierung die Südwestumgehung nicht als einzelnes Bauprojekt betrachtet, sondern in den Unterlagen immer wieder auf die Fortführung der Straße als „Südostumgehung“ Richtung Gröbenzell hinweist.

Tatsächlich stehen in den Unterlagen die Begriffe „erste Baustufe“ oder „Bauabschnitt Ost und West“. Eine Fortführung der Umgehung, die im Olchinger Gemeinderat wiederholt zur Sprache kam, würde mehr Verkehr nach Gröbenzell bringen. „Auf die Verlängerung der Umgehung wird immer wieder Bezug genommen, um den Sinn der Südwestumfahrung zu begründen. Aber dann hätte die Gemeinde Gröbenzell und ihre Bürger beteiligt werden müssen“, sagte Runge. Er stellte außerdem im Landtag eine schriftliche Anfrage zu der Umfahrung, in der er sich unter anderem nach den Gesamtkosten für das Projekt erkundigt.

Die Unterstützer der Olchinger Bürgerinitiative, die seit Jahren gegen den Bau der Straße kämpft, begrüßten die Behördenvertreter am Montag mit Protestplakaten. Obwohl die Bürger erst am Donnerstag zu Wort kommen, hatten sich zum Auftakt der Anhörung etwa 170 Kritiker vor der Kulturwerkstatt versammelt. Verfahrensleiter Michael Deindl konfrontierten sie mit den Parolen „Bayern soll nicht zubetoniert

Gröbenzells Zweiter Bürgermeister, Walter Strauch (CSU), und Eichenaus Bauamtsleiter, Andreas Trotsch, erklärten, dass ihre Gemeinden die Straße ablehnen. Sie stört vor allem, dass die Umgehung ihren Orten eine deutlich größere Verkehrsbelastung bringen würde. Massive Bedenken meldeten auch der Bund Naturschutz und der Lan-

desbund für Vogelschutz an: „Der Eingriff ist nicht mit dem Naturschutzrecht vereinbar“, sagte BN-Chefin Christa Spangenberg. Die zehn Meter breite Straße würde mitten durch das Naherholungsgebiet am Starzelbach führen, wo auch geschützte Arten wie der vom Aussterben bedrohte Kiebitz, Biber und Fledermäuse leben.

werden“ und „Keine Steuerver-schwendung“, Olchings Bürgermeister Andreas Magg (SPD) musste sich Pfui-Rufe anhören, als er in das Gebäude ging. „Ich vertrete, was die Gemeinde Olching mehrheitlich beschlossen hat“, verteidigte er sich. In seiner Stellungnahme bei der Anhörung bezeichnete er die Südwestumgehung als „eines der

wichtigsten Verkehrsprojekte für die Gemeinde“. Ohne die Umgehung sei der Verkehr am Roßhaupterplatz „in Kürze nicht mehr stemmbar“. Von den sogenannten Trägern öffentlicher Belange, die am Montag gehört wurden, gab außer Magg einzig Emmerings Bürgermeister Michael Schanderl (FW) eine positive Stellungnahme ab.